



Dr. Valerie Wilms

Mitglied des Deutschen Bundestages

Erklärung nach § 31 GOBT zum TOP 1 der 117. Sitzung des Deutschen Bundestags Stabilitätshilfe für Griechenland

Ich stimme heute mit „Ja“, weil ich als Europäerin davon überzeugt bin, dass die Europäische Union und die Eurozone zusammenhalten und zusammenwachsen muss! Ich stimme mit „Ja“, weil Griechenland dabei bleiben muss! Ich stimme mit „Ja“, weil sich die griechische Bevölkerung auch weiterhin auf die Unterstützung seiner europäischen Partner verlassen können muss! Ich stimme mit „Ja“, damit die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Euro-Staaten über ein weiteres Kredit- und Reformprogramm aufgenommen werden können. Denn die Menschen in Griechenland brauchen europäische Solidarität. Und Europa braucht das Vertrauen in die griechische Regierung, den ambitionierten Reformkurs jetzt wirklich umzusetzen. Das Ziel muss sein, dass Griechenland wieder auf eigenen Beinen steht. Dabei darf es keine Illusion geben: Der Weg dorthin ist kein leichter. Der Reformprozess und die wirtschaftliche Erholung in Griechenland kann nur dann gelingen, wenn das Land die erforderliche Zeit erhält, um verlässliche Rahmenbedingungen, dringend erforderliche effektive Strukturreformen und notwendige Investitionen zu tätigen. Das sind aus meiner Sicht die wichtigsten Bedingungen für eine Chance auf Erfolg des Landes und dabei möchte ich Griechenland unterstützen. Ohne ein neues Kreditpaket ist überhaupt nicht zu erkennen, wie das Land diese Chance haben könnte.

Seit nun mehr als fünf Jahren begleite ich als Abgeordnete des Bundestags Griechenland durch parlamentarische Abstimmungen über Kredithilfen. Dabei habe ich durchaus deutliche Kritik an politischen Fehlern geübt, die dabei gemacht wurden. So war es mir nicht nachvollziehbar, dass die Berliner Politik die Chance beim ersten Rettungspaket für Griechenland nicht genutzt hat, durch einen interfraktionellen Antrag der Finanzwirtschaft deutlich ihre Grenzen aufzuzeigen. Dort wurden lieber Einzelanträge der Koalition und der Oppositionsfraktionen gestellt, obwohl bei den wesentlichen Punkten einer besseren Finanzmarktregulierung eine inhaltliche Übereinstimmung bestand.

Bei den jetzigen Verhandlungen haben sich nach einem Prozess, der auf allen Seiten von Fehlern, nationaler Engstirnigkeit und Verletzungen geprägt war, am vergangenen Wochenende alle Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf einen gemeinsamen Weg geeinigt. Sicherlich sind nicht alle einzelnen auf dem Euro-Gipfel am 12. Juli vereinbarten Inhalte in gleichem Maße sinnvoll und handhabbar. Das neue Programm schreibt durchaus Schwachstellen der bisherigen Vereinbarungen fort, auch wenn es an anderen Stellen Forderungen der griechischen Regierung entgegengekommen ist. Dieser Einigung will ich nicht meine Zustimmung versagen, erst recht nach den Schwierigkeiten überhaupt zu einem gemeinsamen Weg zu finden und nicht in die nationalen Ecken zurückzufallen. Nachdem die 19 Staats- und Regierungschefs und u.a. die Parlamente von Frankreich, Finnland, Luxemburg, Österreich, den Niederlanden und vor allem Griechenland selber diesem Paket zugestimmt haben, wird es realistisch jetzt keine grundsätzlich anders gestaltete Lösung für Griechenland geben.

In der Rede des französischen Außenministers Robert Schumann vom 9. Mai 1950, in der er die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorschlug, heißt es: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Vor dem Hintergrund der kritischen Lage in Griechenland und der dringend benötigten Klarheit über den Weg schon in den kommenden Tagen, heißt Solidarität mit Griechenland, dass ich dem Antrag der Bundesregierung auf Einleitung eines Verhandlungsverfahrens nach den Regeln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und der dringend notwendigen Brückenfinanzierung zustimme.

Verhandlungen funktionieren nur, wenn tatsächlich alle Optionen, also auch der sogenannte Plan B mit dem „Grexit“, auf dem Tisch liegen und die Verhandlungspartner deutlich erkennen können, welche Folgen ihre jeweiligen Entscheidungen haben können. Dazu gehört für mich auch, dass sich Verhandlungspartner an die Absprachen halten und geeignete Möglichkeiten zur Kontrolle schaffen.

Für mich steht dabei immer eindeutig im Vordergrund, das Zusammenwachsen in Europa hin zu einem föderalen Europa als Gemeinschaft von Bundesstaaten zu fördern. Dabei darf die Politik nicht bei dem Teilschritt der Währungsunion stehen bleiben. Dazu bin ich auch bereit, nationale Souveränitätsrechte an eine demokratisch legitimierte europäische Regierung abzugeben und gemeinschaftlich füreinander einzustehen, wie wir das auch in der föderal strukturierten Bundesrepublik Deutschland machen. Diesen Weg müssen wir jetzt gehen. Europa darf nicht zurückfallen in die nationale Kleinstaaterei. Dafür werde ich mich immer wieder einsetzen.



Valerie Wilms